



"Es geht nicht nur um Aufnäher"

In Luxemburg gab es bekanntlich von DP- und CSV-Seite heftige Vorwürfe an die Adresse der Organisatoren und Teilnehmer der Friedenskundgebung vom 15. Mai 1982, sie dienten, gewollt oder ungewollt, den Interessen des Warschauer Paktes. Einige Persönlichkeiten aus diesen Kreisen bezeugten zwar ihre Sympathie mit der Friedensbewegung an sich, bedauerten aber nicht mitmarschieren zu können, weil auch KP-Mitglieder dabei seien (sic!), weil die Gefahr einer Fehlinterpretation der Absichten bestehe. Wie wenig überzeugend diese klar parteipolitisch motivierten Argumente sind, konnte ich schon in einer "Hei-elei"-Sendung darlegen. Dass gerade die antikommunistischen Parteipublizisten den u.a. christlich motivierten Rüstungsgegnern eine Teilnahme an der Friedensdemonstration madig machen wollten, ist mir umso unverständlicher, als solche Umzüge im Ostblock von staatswegen verboten wurden. Sollen wir hier "freiwillig" auf ein Recht verzichten, das Millionen Menschen in der DDR, Polen, UdSSR usw. a priori vorenthalten wird? Verlangt nicht gerade unsere Solidarität, von unserem Recht Gebrauch zu machen und auch ihre Stimme gegen den Rüstungswahnsinn bei uns laut werden zu lassen, wenn sie sie nicht erheben dürfen?

In der DDR z.B. wurde den Jugendlichen verboten, den Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" zu tragen. Dieser Aufnäher mit dem Bibelwort des Propheten Micha zeigte ein Denkmal, das die UdSSR einst der UNO geschenkt hatte. Die Pazifisten aus der DDR, grösstenteils auch christlich motiviert, hatten nicht damit gerechnet, die DDR-Führung könnte ihnen verbieten, ein von der Sowjetunion propagiertes Bibelzitat zu tragen. Doch immer häufiger wurde ihnen mit einem Verweis von der Schule oder dem Verlust der Lehrstelle für den Fall gedroht, dass sie den Aufnäher nicht von ihrer Kleidung entfernen.

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens nahm in einer Erklärung Stellung, die am 28.3.1982 auf allen Kanzeln verlesen wurde. Vielleicht hilft sie auch im Westen die Notwendigkeit öffentlicher Friedenskundgebungen besser einsichtig zu machen. (Den Text übernehmen wir aus "imprimatur" Nr. 3 / 28.4.1982.)

m.p.



Der Einsatz für den Frieden ist in letzter Zeit immer dringlicher geworden. Viele Christen unseres Landes haben ihre Mitverantwortung für die Erhaltung des Friedens erkannt und durch verschiedene Initiativen zum Ausdruck gebracht.

Dazu gehört auch, dass junge Christen den Aufnäher der letzten Friedensdekade tragen. Er zitiert das Bibelwort aus Micha 4,3 ("Schwerter zu Pflugscharen") und zeigt das von der Sowjetunion der UNO geschenkte Denkmal, das dieses Bibelwort darstellt. Von staatlicher Seite ist uns in den letzten Tagen erklärt worden, das Tragen dieser Aufnäher in der Schule und in der Öffentlichkeit werde nicht länger geduldet. Es sei zur Bekundung von staatsfeindlicher Gesinnung und der Beteiligung an einer illegalen politischen Bewegung missbraucht worden. Harte Konsequenzen werden denen angedroht, die nicht bereit sind, den Aufnäher zu entfernen.

Wir nehmen diese Haltung staatlicher Stellen mit tiefer Betroffenheit zur Kenntnis. Wir weisen die darin enthaltenen Unterstellungen entschieden zurück Die Aufnäher zeigen eine deutlich auf Abrüstung zielende Aussage. Das Verbot, den Aufnäher zu tragen, zerstört auf nachhaltige Weise das Vertrauen dieser jungen Menschen. Es erschwert das Gespräch mit ihnen, zumal dieses Nein nicht das erste zu Friedensinitiativen aus ihren Reihen ist.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Kirche, den jungen Menschen in dieser Lage eine Anweisung zu geben. Wir müssen aber auf die angedrohten Konsequenzen hinweisen und deutlich sagen: Wir haben keine Möglichkeiten mehr, die Träger des Aufnähers davor zu schützen.

Es geht nicht allein um das Tragen der Aufnäher. Es geht um die Verantwortung für den Frieden, die sowohl dem Staat als auch jedem einzelnen von uns aufgetragen ist. Wir halten es für einen schwerwiegenden Fehler, dem dafür wach gewordenen Bewusstsein mit Verboten zu begegnen. Das Anliegen unserer christlichen Friedensverantwortung wird weitergehen. Dabei muss die prägende Kraft des Evangeliums deutlich bleiben.

Was meinen wir damit?

Uns bedrängt die Erkenntnis, die ^{wir} mit vielen teilen, dass ein Krieg mit dem Einsatz der heutigen Waffensysteme keine Sieger mehr kennt. Auch das Gleichgewicht der Abschreckung wird immer unsicherer. Es muss zur Erhaltung des Friedens der Weg zur Abrüstung gewagt werden. Dabei ist der Frieden nach unserer Überzeugung nicht von Versöhnung und Gerechtigkeit zu trennen. Wir vergessen nicht, dass aller Frieden so lange unvollkommen bleibt, wie er nicht den Frieden mit Gott einschliesst. Wir übersehen auch nicht die Verantwortung unseres Staates für den Schutz seiner Bevölkerung.

Es sind Schritte notwendig und möglich,

- durch Verzicht auf eigene Rüstungsmassnahmen den Frieden sichern zu helfen. Wir begrüßen solche Schritte, auch wenn sie klein sind...

Wir bringen unsere Überzeugung offen zum Ausdruck, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Wir werden das nicht selbstsicher und überheblich tun.

Wir werden darauf achten, dass unser eigenes Verhalten durch Offenheit, Sachlichkeit und Ver-

söhnungsbereitschaft ein Friedenszeugnis ist.

Wir werden uns sowohl gegen eine Verkürzung und Zensur der biblischen Botschaft als auch gegen ihre Vermengung mit politischen Zielsetzungen wehren.

Wir werden nach Möglichkeiten für den Dienst im sozialen Bereich suchen. Die Bitte junger Menschen, solchen Dienst als Wehersatzdienst tun zu

können, ist bekanntlich abgelehnt worden. Dienst im sozialen Bereich ist jedoch dringend nötig. Wir bemühen uns, in Zusammenarbeit mit der Inneren Mission und staatlichen Stellen hierfür konkrete Angebote zu machen. Wir denken an Einsätze in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, in der Gemeindediakonie oder an die Zuwendung zu einzelnen Behinderten und Gefährdeten.